



Antrag:

„Versicherungspflicht vom ersten Euro an“

Antragstellerin:

Bremer Frauenausschuss e. V., Landesfrauenrat Bremen

AdressatInnen:

Bundesregierung

Beschlussgremium:

Konferenz der Landesfrauenräte 2011

Datum der Sitzung:

16.09.2011- 18.09.2011

Antrag:

Die Konferenz der Landesfrauenräte möge beschließen:

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Minijobs abzuschaffen und die Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde einzuführen.

Begründung:

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors führt dazu, dass immer mehr ArbeitnehmerInnen nicht von ihrem Arbeitseinkommen leben können und auf ergänzende Hilfen angewiesen sind.

Minijobs stellen eine beschäftigungspolitische Sackgasse dar und verdrängen Vollzeitarbeitsplätze.

Angenommen: JA

Abgelehnt:

JA-Stimmen: 11

NEIN-Stimmen: 2

Enthaltungen: 0

Entfallen:

Zurückgezogen:

Nichtbefassung:

Datum: 18.09.2011

Unterschrift: Antragskommission



Landesfrauenrat Thüringen e.V. * Johannesstraße 19 * 99084 Erfurt

Antrag:

Ratifizierung der ILO-Konvention „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“

Antragstellerin:

Bremer Frauenausschuss e. V., Landesfrauenrat Bremen

AdressatInnen:

Bundesregierung

Beschlussgremium:

Konferenz der Landesfrauenräte 2011

Datum der Sitzung:

16.09.2011- 18.09.2011

Antrag:

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die Bundesregierung auf, die ILO-Konvention C 189 „Decent Work für Domestic Workers“ so schnell wie möglich zu ratifizieren und eventuelle rechtliche Hindernisse für ihre Umsetzung in deutsches Recht zu beseitigen.

Begründung:

Im Juni 2011 ist auf der 100. ILO-Konferenz die Konvention 189 „Decent Work für Domestic Workers“ verabschiedet worden. Sie ist ein historischer Meilenstein in der sozialen und arbeitsrechtlichen Sicherung der Arbeit von Frauen im bisher rechtlosen Raum des Privathaushaltes. Zum Wirksamwerden bedarf die Konvention der Ratifizierung durch die Mitgliedsländer und der anschließenden Umsetzung in nationales (und europäisches) Recht.

Angenommen: JA

Abgelehnt:

JA-Stimmen: 11

NEIN-Stimmen: 0

Enthaltungen: 2

Entfallen:

Zurückgezogen:

Nichtbefassung:

Datum: 18.09.2011

Unterschrift: Antragskommission



Antrag:

„Frauen in Aufsichtsräte und Vorstände landeseigener Betriebe“

Antragstellerin:

Bremer Frauenausschuss e. V., Landesfrauenrat Bremen

AdressatInnen:

Landesregierungen

Beschlussgremium:

Konferenz der Landesfrauenräte 2011

Datum der Sitzung:

16.09.2011- 18.09.2011

Antrag:

Die Konferenz der Landesfrauenräte möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierungen auf, sich dafür einzusetzen, dass in landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Landesbeteiligung frei werdende Aufsichtsrats- und Vorstandsmandate so lange mit Frauen besetzt werden, bis ein Frauenanteil von mindestens 40% erreicht ist.

Begründung:

Solange keine verbindlichen Quoten für ein Unternehmen vorgeschrieben sind, sollten die Landesregierungen positive Signale setzen.

Angenommen: JA

Abgelehnt:

JA-Stimmen: 8

NEIN-Stimmen: 1

Enthaltungen: 3

Entfallen:

Zurückgezogen:

Nichtbefassung:

Datum: 18.09.2011

Unterschrift: Antragskommission



Landesfrauenrat Thüringen e.V. * Johannesstraße 19 * 99084 Erfurt

Antrag:

„Aufwertung frauendominierter Berufe“

Antragstellerin:

Landesfrauenrat Thüringen e.V. * Johannesstraße 19 * 99084 Erfurt

AdressatInnen:

Landesregierungen

Beschlussgremium:

Konferenz der Landesfrauenräte 2011

Datum der Sitzung:

16.09.2011- 18.09.2011

Antrag:

Die Konferenz der Landesfrauenräte fordert die Neubewertung aller von Frauen dominierten Berufsgruppen nach Grad der Verantwortung, körperlichen und psychischen Belastung, Flexibilität und gesellschaftlicher Brisanz.

Begründung:

Als Fortsetzung der Fachtagung „Frauenarbeit ist MEHR-WERT!“ und zur Verhinderung von Altersarmut von Frauen muss das Ansehen der Berufe, die tradiert zu den so genannten Frauenberufen zählen, eine gesellschaftliche Aufwertung und finanzielle Anerkennung finden. Damit verbunden sind Forderungen:

- Gesellschaftliche Aufwertung von frauendominierten Berufen
- Berufliche Karrieren in Frauenberufen fördern
- Gleitende berufliche Aufstiege in Frauenberufen ermöglichen
- Steuerliche und sozialversicherungspflichtige Nachteile für Frauen verhindern
- Minijobs und Zeitarbeit reglementieren; d. h. z. B. Stundenzahl verbindlich festlegen, Anzahl der Minijobs und Zeitarbeitsplätze in einem Betrieb begrenzen
- Ausreichende Entlohnung bei Vollzeitbeschäftigung für eine eigenständige Lebensführung
- Einbeziehung der geleisteten unentgeltlichen Carearbeit in zu entwickelnde Bewertungssysteme

Veränderte weibliche Lebensentwürfe und ökonomische Entwicklungen lassen dem Berufswahlverhalten junger Frauen und Mädchen eine besondere Bedeutung zukommen. Ihre Lebenslagen und Lebensentwürfe gehen heute weg vom traditionellen familienbezogenen Lebenslauf hin zur Selbständigkeit und eigenen Existenzsicherung.

Eine Lösung für die damit verbundenen Probleme ist aber nicht eine „Vergeschlechtlichung“ von Berufsarbeit, sprich ein stärkeres Durchdringen der Frauenberufe durch Männer oder dass Frauen sich abwenden von den so genannten typischen Frauenberufen und überwiegend in von Männern dominierte Berufe einsteigen. Es kann nicht sein, dass „Frauenarbeit“ erst dann etwas wert ist, wenn sie von Männern erbracht wird. Selbst wenn heute Frauen in Männerberufen zu finden sind bedeutet das keineswegs, dass für sie die Devise gilt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Bereits jetzt ergibt sich daraus ein weiteres Problem. Die prinzipiell wünschenswerte Aufweichung der geschlechtsspezifischen Besetzung eines sehr spezifischen Frauenberufs ist frauenpolitisch nicht ganz unproblematisch: So liegt bereits jetzt mit rund 30 % der Anteil der Männer im Bereich der Leitungskräfte z. B. in der Altenpflege überproportional hoch; d. h. dass sich innerhalb des frauendominierten Berufsfeldes bereits erste Ansätze einer umgekehrten geschlechtsspezifischen Hierarchisierung abzeichnen.

Es kann nicht sein, dass Frauen, die Karriere und eine eigenständige Lebensführung als ihr Lebensziel sehen, in Berufe gehen müssen, die durch Männer geprägt und besetzt sind um ausreichend Geld zu verdienen und Anerkennung zu finden.

Es geht um qualifizierte, professionelle Humandienstleistungen durch gut ausgebildete und weitergebildete Fachkräfte. Ebenso muss es möglich werden mit einem 40 Stunden-Job den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Angenommen: JA

Abgelehnt:

JA-Stimmen: 11

NEIN-Stimmen: 0

Enthaltungen: 1

Entfallen:

Zurückgezogen:

Nichtbefassung:

Datum: 18.09.2011

Unterschrift: Antragskommission